

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 12. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Mittwoch, 08.11.2023 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Carsten Wannhof SPD

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 a) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Fabian Filatov CDU
Herr Christian Schimang CDU
Herr Tristan Zeitter CDU
Frau Kimberly Lynn Bauer SPD
Frau Cornelia Geißler Bündnis 90/Die Grünen
Frau Annegret Gronemeyer Bündnis 90/Die Grünen
Frau Sibylle Owsianowski AfD
Herr Luca Gerbl FDP

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 b) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Siegfried Wagner Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Ute Lipke SKFM
Frau Nadine Lichtenwimmer Kinderschutzbund e. V.
Herr Michael Krambrock Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e.V.
Frau Malin Schmidt SPE Mühle

Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport

Hilden

Herr Michael Hirsch-Herda Jugendamtselternbeirat Hilden
Herr Bastian Pallmeier evangelische Kirche
Frau Yvonne Jährling Kreisgesundheitsamt Mettmann
Ella Schmidt Jugendparlament
Herr Oliver Kohl Allianz für Hilden
Herr Ludger Reffgen BÜRGERAKTION
Frau Heike Bendorf Kindertagespflegepersonen

Gäste

Herr Hubert Bader Sozialdienst Katholischer Frauen und Männer Hilden e.V.
Frau Dörte Czepa-Mynarek Kreisgesundheitsamt Mettmann

Beiräte

Frau Sabine Anna Roth Behindertenbeirat

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden
Frau Rachida El Khabbachi Stadt Hilden
Frau Catharina Giesler Stadt Hilden
Frau Ronja Kasper Stadt Hilden
Frau Claudia Ledzbor Stadt Hilden
Frau Anna Maurer Stadt Hilden
Frau Sonja Ockenfeld Stadt Hilden

Frau Wibke Paas	Stadt Hilden
Frau Barbara Pahlke	Stadt Hilden
Frau Nicole Pattio	Stadt Hilden
Frau Ute Piegeler	Stadt Hilden
Herr Dirk Schatte	Stadt Hilden
Herr Wolfgang Strauhal	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Frau Anja Voß	Stadt Hilden
Frau Stefanie Walder	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des JHA
WP 20-25 SV 51/231
- 3 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses, Stand: September 2023
WP 20-25 SV 51/237
- 4 2. Gesundheitsmonitoring zu den Schuleingangsuntersuchungen 2018-2020 und 2022
WP 20-25 SV III/049
- 5 Beratung des Entwurfs des Haushalts 2024: Änderung von Ansätzen der Verwaltung - Jugendhilfeausschuss
WP 20-25 SV 20/149
- 6 Haus des Lernens, Vorstellung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie
WP 20-25 SV 26/047
- 7 Fort- und Durchführung der Koordinierungsstelle gem. §53a SGB VIII
WP 20-25 SV 51/252
- 8 Neufassung des Kontraktes zur Durchführung von Vormundschaften und Pflegschaften bei Minderjährigen
WP 20-25 SV 51/255
- 9 Vorstellung des Projekts: Zusammen aktiv vor Ort, gesellschaftliche und politische Teilhabe gestalten
WP 20-25 SV 51/249

- 10 Kommunale Offene Kinder- und Jugendarbeit, Sachstand
WP 20-25 SV 40/013
- 11 Sachstandsbericht Stellwerk - Familienberatung
WP 20-25 SV 51/243
- 12 Sachstandsbericht der Psychologischen Beratungsstelle
WP 20-25 SV 51/251
- 13 Sachstandsbericht Soziale Dienste - Fachdienst unbegleitet minderjährige Ausländer
WP 20-25 SV 51/253
- 14 Sachstand Integration / Inklusion
WP 20-25 SV 51/240
- 15 Ein Jahr neue Organisationsstruktur des Dezernates III - Sachstandsbericht
WP 20-25 SV III/048
- 16 Anträge
- 16.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 23.08.2023;
Prüfung von Flächen für potenzielle Kitastandorte im Hildener Süden
WP 20-25 SV 61/139
- 16.2 Antrag Jugendamtselternbeirat: Erweiterung des Haus des Lernens auf 6 Gruppen sowie Sichtung weiterer Immobilien und Grundstücke für die Errichtung neuer KiTas im Stadtgebiet
WP 20-25 SV 40/011
- 16.3 Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag des JAEB "Maßnahmenpaket 1 zur Attraktivitätssteigerung und verbesserten Mitarbeiterakquise"
WP 20-25 SV 10/047
- 16.4 Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag des JAEB "Maßnahmenpaket 2 zur Attraktivitätssteigerung und verbesserten Mitarbeiterakquise"
WP 20-25 SV 10/048
- 16.5 Antrag zum Haushalt 2024 - Nr. 005 SPD Fraktion, Konzept Kindertagesstätten
WP 20-25 SV 40/015
- 17 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 18 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 18.1 Antrag der CDU-Fraktion: Planung einer fünfgruppigen Kita am Salzmann Weg
- 18.2 Anfrage der CDU-Fraktion: Sprachförderung "Griffbereit"

- 18.3 Anfrage der CDU-Fraktion: Kitaschließung
- 18.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Erstellung Konzept Weiterbetrieb des Abenteuerspielplatzes
- 18.5 Änderungsantrag der FDP-Fraktion: SV 10/047 und SV 10/048
- 19 Befangenheitserklärungen
- 20 (Fortsetzung) Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 21 (Fortsetzung) Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Wannhof/SPD, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Herr Hirsch-Herda/Jugendamtselternbeirat bat um die gemeinsame Beratung von TOP 6 „Haus des Lernens, Vorstellung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie“ und TOP 16.2 „Antrag Jugendamtselternbeirat: Erweiterung des Haus des Lernens auf 6 Gruppen sowie Sichtung weiterer Immobilien und Grundstücke für die Errichtung neuer KiTas im Stadtgebiet“.

Daraufhin ließ der Vorsitzende Wannhof/SPD über den Änderungsvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

-
- 1 Befangenheitserklärungen

Herr Krambrock/Freizeitgemeinschaft erklärte sich zum TOP 5 „Beratung des Entwurfs des Haushalts 2024: Änderung von Ansätzen der Verwaltung - Jugendhilfeausschuss“ für befangen.

Rm Bauer/SPD schlug Rm Zeitter/CDU als stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses vor.

Daraufhin gab der Vorsitzende Wannhof/SPD den Vorschlag zur Abstimmung frei.

Beschlussvorschlag:

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses wird gemäß § 4 Abs. 5 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes AG-KJHG – vom 12. Dezember 1990 in der zurzeit gültigen Fassung folgendes Mitglied gewählt:

Ratsmitglied Zeitter/CDU

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei einer Enthaltung Rm Zeitter/CDU in Abwesenheit von sB Gerbl/FDP.

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Frau Dörte Czepa-Mynarek vom Kreis Gesundheitsamt stellte sich den Ausschussmitgliedern vor und hielt einen Vortrag über die Auswertung der Schuleingangsuntersuchung für die Stadt Hilden.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen erklärte, dass durch den ausführlichen Vortrag die aktuellen Defizite z. B. im Bereich der Sprachfähigkeit deutlich ersichtlich seien. Hier habe die Politik nun die Aufgabe diese Herausforderungen aufzuarbeiten.

Frau Roth/Behindertenbeirat fragte, ob in diesen Zahlen auch Kinder mit Förderbedarf einfließen oder ob hierzu eine separate Statistik erstellt wurde.

Rm Reffgen/BA sagte, dass die Datenerhebung sehr detailliert und aussagekräftig waren. Die Hinweise des Kreis Gesundheitsamtes Mettmann seien für die Haushaltsplanberatungen relevant.

Herr Hirsch-Herda/Jugendamtselternbeirat bat um Erklärung, ob die schlechten Zahlen auch in Zusammenhang mit der Kita und den Vorschulen einbezogen wurden. Zum Beispiel im Bereich der Sprachentwicklung sei die Kita und die Vorschule eine wichtige Instanz zur nächsten Bildungsebene.

Frau Dörte Czepa-Mynarek/Kreis Gesundheitsamt antwortete, dass aufgrund der Einschränkungen, die durch Corona entstanden seien, einige Maßnahmen nicht durchgeführt werden konnten. Die daraus resultierenden Defizite seien durch die Zahlen ersichtlich, weshalb nun Gegenmaßnahmen getroffen werden sollten. Eine Gegenmaßnahme sei z. B. ein Kind zu melden, bevor es in die Schule entlassen werde. Mit einer rechtzeitigen Erkennung der Defizite und dem Einsatz von Maßnahmen könne eine positive Entwicklung zur Folge haben.

Rm Geißler/Bündnis 90/Die Grünen fragte, in wie weit die Eltern mit Migrationshintergrund über die Defizite ihrer Kinder und die vorhandenen Gegenmaßnahmen informiert werden.

Frau Dörte Czepa-Mynarek/Kreis Gesundheitsamt erklärte, dass die Eltern bei der Schuleingangsuntersuchung anwesend seien. Ebenso werden die Eltern über die Defizite und möglichen Maßnahmen informiert. Bezüglich der Daten aus der Präsentation ergebe sich die Möglichkeit, in Form eines Elternabends über den aktuellen Stand zu informieren.

1. Beigeordneter Eichner teilte mit, dass die Aufarbeitung der Daten für die weitere Vorgehensweise und Verwendung wichtig sei. Des Weiteren sei die Stadtverwaltung auch mit den Jugendhilfeplanern des Kreises im engen Kontakt, weshalb diese Präsentation auch im Jugendhilfeausschuss vorgestellt wurde. Es werde einen zweiten Vortrag geben, welcher im kommenden Schul- und Sportausschuss vorgestellt werden soll. Dieser beziehe sich auf Vereinszugehörigkeit, Sportangebote und vor allem das Thema Schwimmen.

Anmerkung der Schriftführung:

Der Vortrag des Kreis Gesundheitsamtes ist als Anlage beigefügt und somit Bestandteil dieser Niederschrift.

Der Jugendhilfeausschuss nahm das 2. Gesundheitsmonitoring zu den Schuleingangsuntersuchungen 2018-2020 und 2022 zur Kenntnis.

5	Beratung des Entwurfs des Haushalts 2024: Änderung von Ansätzen der Verwaltung - Jugendhilfeausschuss	WP 20-25 SV 20/149
---	---	-----------------------

Herr Krambrock/Freizeitgemeinschaft erklärte sich für befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

In einem Meinungsaustausch zum Thema „Abenteuerspielplatz“, an denen sich die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BÜRGERAKTION und Herr Wagner dazu äußerten, den Fortbestand des Abenteuerspielplatzes zu sichern und eine Zukunftsperspektive zu erarbeiten.

Rm Zeitter/CDU teilte mit, dass seine Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für die Streichung des Abenteuerspielplatzes stimmen werde.

1. Beigeordnete Eichner erklärte, dass über das Abstimmungsergebnis die Verwaltung einen Auftrag erhalte und demnach handle. Die Vorberatungen seien Grundlage für den Austausch und die Richtungsweisung.

Beigeordneter Stuhlträger wies das Gremium darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss seine Empfehlung für den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen sowie für den Rat der Stadt Hilden mitteile, jedoch der Rat allein einen Handlungsauftrag erteilen könne. Er machte darauf aufmerksam, dass der Haushaltsentwurf 2024 ein Defizit von rund 20 Millionen Euro aufweise, den die Verwaltung gemeinsam mit der Politik versuche im vernünftigen Maße zu reduzieren.

SB Owsianowski/AfD fragte, warum die Freizeitgemeinschaft die Jahresabschlüsse und Verwendungsnachweise nicht vorlege.

1. Beigeordneter Eichner antwortete, dass die Verwaltung im engen Austausch mit der Freizeitgemeinschaft stehe. Es wurde ein Steuerberater mit der Buchhaltung beauftragt, der zwischenzeitlich das Arbeitsverhältnis beendet habe, weshalb die Abschlüsse nicht vorgelegt werden können.

Vorsitzender Wannhof/SPD schlug vor, die Liste 1 „Änderungsvorschläge der Verwaltung zum Haushaltsentwurf 2024 separat zur Liste 2, auf Seite 2 der Anlage zur Sitzungsvorlage, abzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen zu beschließen, die in der Anlage beigefügten Änderungen in den Haushalt 2024 aufzunehmen und dem Rat zum Satzungsbeschluss für den Haushalt 2024 vorzuschlagen.

Die Abstimmungen fanden ohne Beteiligung von Herrn Krambrock/Freizeitgemeinschaft wegen Befangenheit statt.

Abstimmungsergebnis 1: Produkt 060101 Zuwendungen und allgemeine Umlagen
Einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis 1: Produkt 060101 Transferaufwendungen
Einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis 1: Produkt 060101
6 Ja-Stimmen AfD, FDP, Herr Wagner, Frau Lipke, Frau Lichtenwimmer,
7 Nein-Stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Schmidt
Die Kürzung wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis 2: Produkt 060107
6 Ja-Stimmen AfD, FDP, Herr Wagner, Frau Lichtenwimmer, Frau Schmidt, Frau Lipke,
2 Nein-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen
5 Enthaltung SPD und CDU
Die 10 % Kürzung wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis 3: Produkt 060107
5 Ja-Stimmen CDU, AfD, FDP, Herr Wagner
8 Nein-Stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen Frau Lichtenwimmer, Frau Lipke, Frau Schmidt
Die Kürzung wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis 4: Produkt 060201
3 Ja-Stimmen CDU
10 Nein-Stimmen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD, FDP, Herr Wagner, Frau Lipke, Frau Lichtenwimmer, Frau Schmidt
Die Kürzung wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis 5: Produkt 050305
7 Ja-Stimmen CDU, AfD, FDP, Frau Lichtenwimmer, Frau Lipke
6 Nein-Stimmen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Wagner, Frau Schmidt
Die 10 % Kürzung wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis 6: Produkt 050305
7 Ja-Stimmen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Lipke, Frau Schmidt, Frau Lichtenwimmer,
6 Nein-Stimmen CDU, AfD, FDP, Herr Wagner,
Die 10% Kürzung wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis 7: Produkt 060301
3 Ja-Stimmen AfD, FDP
10 Nein-Stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Wagner, Frau Lipke, Frau Lichtenwimmer, Frau Schmidt
Die Kürzung wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis 8: Produkt 060301

3 Ja-Stimmen CDU, Frau Lipke

10 Nein-Stimmen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD, FDP, Herr Wagner, Frau Lichtenwimmer, Frau Schmidt

Die Kürzung wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis 9: Produkt 060310

6 Ja-Stimmen CDU, FDP, AfD, Frau Lipke

7 Nein-Stimmen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Wagner, Frau Lichtenwimmer, Frau Schmidt

Die Kürzung wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis 9: Produkt 060316

6 Ja-Stimmen FDP, AfD, Frau Lipke

7 Nein-Stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Wagner, Frau Lichtenwimmer, Frau Schmidt

Die Kürzung wurde mehrheitlich abgelehnt.

6 Haus des Lernens, Vorstellung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie

WP 20-25 SV
26/047

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen fragte, ob es sinnvoll sei, 3 städtische Kitas im nahen Umkreis zu planen. Des Weiteren favorisiere ihre Fraktion die Variante 5, wobei es hierbei zu einer Lärmbelastigung des Schulalltags durch die Kita kommen könnte. Daher bat sie die Verwaltung, entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Ebenso schlage ihre Fraktion vor, die Kita auf 6 Gruppen zu erhöhen.

SB Owsianowski/AfD wies darauf hin, dass es sich hierbei um ein hochwassergefährdetes Grundstück handle.

Beigeordneter Stuhlträger teilte mit, dass es sich hierbei um eine Machbarkeitsstudie handle, die auch eventuelle Hochwasserbildung berücksichtige. In Betracht gezogen werde eine Geländeaufschüttung. Die Verwaltung bevorzuge es, die alten Gebäude zu erhalten, um Baukosten einzusparen. Der Vorentwurf bietet 5 verschiedene Varianten, die alle ihre Vor- und Nachteile aufweisen. Die Kita in den Norden zu verlegen habe einen pädagogischen Hintergrund. Vom Norden aus sei es der kürzeste Weg über die Beethovenstraße. Die Sporthalle soll separat zu dem Kita- und Schulgelände begehbar sein. Sollte sich die Politik für einen Neubau entscheiden, so empfehle die Verwaltung eine 4-gruppige Kitaeinrichtung und eine 4-zügige Schule. Wenn die Politik einen Neubau beschließen, werden im nächsten Schritt die negativen Aspekte korrigiert und eine konkrete Planung gestartet.

Frau Roth/Behindertenbeirat fragte, ob auch auf Barrierefreiheit für Geh-Seh- und Hörgeschädigte Menschen geachtet wurde. Sie wünsche sich, dass der Behindertenbeirat in die Planung mit einbezogen werde.

Beigeordneter Stuhlträger antwortete, dass es Konzepte für solche Baumaßnahme gebe, die aber erst in der konkreten Planung einfließen werden. Der Behindertenbeirat werde in den Entwicklungsprozess eingebunden.

Vorsitzender Wannhof/SPD teilte mit, dass der Beschlussvorschlag dahingehend abgeändert werden könne, dass eine 6-gruppige Kita gebaut werden soll. Er ließ zunächst über den ursprünglichen Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen beschließt nach Vorberatung durch den Jugendhilfeausschuss und durch den Schul- und Sportausschuss die Verwaltung mit der Fortführung der Planung und Erarbeitung der Unterlagen nach § 13 KomHVO zur Veranschlagung der Investitionsmittel für die Haushalte 2025 ff zu beauftragen.

Ergänzung zum Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss befürwortet in der weiteren Planung ausdrücklich die Errichtung einer 6-gruppigen Kita gegenüber einer 4-gruppigen Kita.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 1 Nein-Stimme sB Owsianowski/AfD.

Ergänzung Beschlussvorschlag Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 4 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion und sB Owsianowski/AfD.

7	Fort- und Durchführung der Koordinierungsstelle gem. §53a SGB VIII	WP 20-25 SV 51/252
---	--	-----------------------

SB Owsianowski/AfD bat um Erläuterung, warum in der Beschlussvorlage unter Erläuterung, unter Zuwendung für Personalaufwand, ein Betrag in Höhe von 44.638 Euro aufgeführt wurde, im Anhang unter finanzielle Aufwendungen jedoch eine Summe in Höhe von 476.948 Euro angegeben wurde.

Frau Voß/Verwaltung erklärte, dass unter der Kostenträgernummer verschiedene Kontrakte hinterlegt seien. Die Summe in Höhe von 44.638 Euro für den SKFM sei in der Jahresgesamtsumme mit aufgenommen worden.

Die Summe in Höhe von 476.948 setzt sich wie folgt zusammen:

- 152.497 € Kontrakt „Führen von Vormundschaften und Pflegschaften“
- 208.380 € Kontrakt „Durchführung der Trennungs- und Scheidungsberatung“
 - 7.800 € Fachleistungsstunden für die Fachmediation bei besonders strittigen Trennungskonflikten
 - 1.600 € „Kind im Blick“ im Rahmen der Trennungs- und Scheidungsberatung
 - 16.671 € Personalkostenpauschale für Vormünder im Bereich umA (Landeszuweisung)
- 45.000 € Kontrakt Koordinierungsstelle Vormundschaften
- 45.000 € Führen von vorl. Vormundschaften gem. § 1781 BGB

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen fragte, ob diese Summe für die AG Wohlfahrt zur Verfügung gestellt werden soll und welche Kontrakte laufen unter diesem Kostenträger.

Frau Voß/Verwaltung antwortete, dass z. B. die Diakonie, die für die Stadtverwaltung die Trennungs- und Scheidungsberatung durchführe, sowie die Vormundschaften große Kostenträger seien. Aufgrund der neuen Vormundschaftsreform habe die Stadtverwaltung diese Aufgabe an den SKFM probeweise übertragen und etabliere nun die feste Aufgabe.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt die Fortführung und Durchführung der Koordinierungsstelle gem. § 53a SGB VIII durch den SKFM Hilden e.V. nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei einer Enthaltung von Frau Lipke/SKFM.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen gab zu bedenken, dass die unbegleiteten geflüchteten Minderjährigen jeder einen Vormund benötigen und fragte nach, ob die angegebenen Stellenanteile überhaupt ausreichend seien.

Frau Voß/Verwaltung sagte, dass das System diese Aufgabe nicht leisten könne, jedoch die ansässigen Träger sich der Herausforderung angenommen haben. Dennoch werde die Verwaltung sich anderer Träger bedienen müssen, um die Lücken zu schließen.

Rm Reffgen/BA merkte an, dass 40 Fälle pro Vollzeitstelle eine enorme Belastung sei, wenn man eine ordentliche Betreuung vornehme. Daher bat er um Erklärung, was der Unterschied zum neuen Kontrakt mit einer Obergrenze von 60 Fällen, bei einer Stelle von 1,53 Vollzeitäquivalente, sei. Ebenso sei in der Sitzungsvorlage aufgeführt, dass der Leistungsbereich nach § 1781 BGB „Bestellung eines vorläufigen Vormunds“ gesetzlich verortete Pflichten und Aufgaben umgesetzt und sichergestellt werden müssen. Daher erkundigte er sich, ob diese Aufgaben bislang nicht zur regulären Tätigkeit gehörten.

Herr Strauhal/Verwaltung antwortete, dass die Zahl 60 sich auf den Personalschlüssel 1,53 beziehe, wenn 1 Vollzeitkraft 40 Fälle betreut, dann benötigt die Stadtverwaltung 1,53 Stellenanteile für 60 Fälle. Die reguläre Obergrenze liege allerdings bei 50 Fällen pro Vollzeitstelle. Bezüglich des § 1781 BGB handle es sich hierbei um eine neu hinzugefügte Tätigkeit.

Frau Paas/Verwaltung teilte mit, dass eine Vormundschaftsreform greife, die die vorläufigen Vormundschaften neu als Grundlage geführt hat. Hiermit sollen die ehrenamtlichen Vormundschaften gestärkt werden. Es solle geprüft werden, ob im Umfeld Personen oder Ehrenamtler*innen vorhanden seien, die für eine Vormundschaft geeignet wären. Die Verwaltung ist verpflichtet innerhalb von 24 Stunden zu bestätigen oder verneinen, ob eine Vormundschaft übernommen werden könne. Diese werden von den Gerichten auch eingefordert. Solange die Verwaltung die Prüfung vornehme, bedarf es eines vorläufigen Vormundes, der/die handlungsfähig sei.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschusses und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen die Neufassung des Kontraktes zum Führen von:

- Vormundschaften, vorläufige Vormundschaften und Pflegschaften

ab dem 01.01.2024.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen in Abwesenheit von Frau Schmidt/SPE-Mühle.

Vorsitzender Wannhof/SPD bat um Erklärung, weshalb diese Sitzungsvorlage nicht in der Beratungsfolge des Jugendhilfeausschusses aufgeführt werde.

Frau Voß/Verwaltung erklärte, dass dies ein Fehler in der Beratungsfolge sei und dass mitgeteilt werden wolle, dass das Projekt ein voller Erfolg sei. Auch sei der Landschaftsverband auf dieses Projekt aufmerksam geworden, weshalb die Stadt Hilden im kommenden Jahr den Besuch der Ministerin Frau Josefine Paul erwarte. Der Förderaufruf erreichte über 40 junge Menschen, welche

regelmäßig an den Veranstaltungen teilnehmen.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen würde begrüßen, wenn dieses Projekt weitergeführt werden würde. Ihr sei aufgefallen, dass die Stadtverwaltung eine Landesförderung erhalten habe. Daher fragte sie, ob die Förderung weiterhin zur Verfügung stehe und wenn nicht, ob die Verwaltung dieses Projekt weiterhin durchführen werde. Ebenso kam die Frage auf, wie viele weiblich Teilnehmer an dem Projekt teilgenommen haben.

Frau Voß/Verwaltung antwortete, dass die Landesmittel auslaufen, die Verwaltung sei allerdings dabei dieses Projekt fortzuführen. Der Austausch der jungen Menschen soll weiterhin unterstützt und Möglichkeiten dafür geschaffen werden. Die Finanzierung könne über Spendengelder erfolgen, jedoch werde dieses Projekt eher in einer abgeschwächten Form weiterhin bestehen bleiben können. Des Weiteren sei anhand der Fotos und des Videomaterials ersichtlich, dass zum Großteil weibliche Teilnehmerinnen anwesend waren.

1. Beigeordneter Eichner verkündete, dass diese Gelder nun auslaufen, jedoch das Land andere Fördermittel anbiete. Die Verwaltung versuche anderweitige Fördermittel zu akquirieren, um dieses Projekt weiterhin aufrecht erhalten zu können. Die SPD habe zudem einen Antrag im Kulturbereich eingereicht, welcher politische Bildung und Teilhabe generiert und dementsprechend eine Umsetzung und Förderung ermöglicht.

Der Integrationsrat und der Sozialausschuss nahmen das Projekt "Zusammen aktiv vor Ort, gesellschaftliche und politische Teilhabe gestalten" zur Kenntnis.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen teilte mit, dass die Räumlichkeiten des Jugendtreffs am Weidenweg, die für geflüchtete Menschen zur Verfügung gestellt werden, nicht mehr genutzt werden könne. Daher fragte sie, ob der Jugendtreff an einen anderen Standort verlegt werde oder müsse dieser Dienst vorerst gestrichen werden. Ebenso teile die Verwaltung in der Sitzungsvorlage mit, dass das Angebot „Klang meines Körpers“ angeboten wurde. Sie bat die Verwaltung mitzuteilen, wie viele Klassen an dem Angebot teilgenommen haben und ob die Ausstellung gut besucht wurde. Des Weiteren habe sie aus der Presse vernommen, dass das Projekt "neanderland TUNES" im Rahmen des Kreis Mettmann-Contests, welches am 04.11.2023 stattgefunden habe, schlecht besucht wurde. Daraufhin fragte sie, ob die Verwaltung nachvollziehen können, weshalb die Veranstaltung schlecht besucht wurde. Ebenso interessiere sie sich für die Mädchenquote, die an diesen Maßnahmen teilgenommen haben.

1. Beigeordneter Eichner erklärte, dass die Räumlichkeiten am Weidenweg vorübergehend aufgegeben werden müssen. Die Verwaltung erstelle derzeit ein Konzept, wie die Fortführung des Jugendtreffs mit Räumlichkeiten aus der Umgebung bestehen bleiben könne. Ein Ansprechpartner könnte aktuell die kath. Kirchengemeinde sein. Bezüglich des Bandcontest sei die Stadt Hilden ein Kooperationspartner des Kreises, welche schon seit Jahren bestand habe. In der Vergangenheit war die Veranstaltung gut besucht, weshalb die Verwaltung an diesem Erfolg auch wieder anknüpfen wolle.

Frau Giesler/Verwaltung teilte mit, dass je nach Angebot ein ca. 40 %iger Anteil an jungen Frauen ersichtlich war, eine genaue Angabe allerdings nicht mitgeteilt werden könne. Das Angebot „Klang meines Körpers“ wurde nicht gut genutzt, da die Termine für die Schulen ungünstig gelegt wurden. Hier wolle die Verwaltung sich besser mit den Schulen absprechen.

Rm Reffgen/BA fragte, wie es mit der Leitung des Kinderparlaments bestellt sei. Er bat darum die Stelle bis zur nächsten Sitzung zu besetzen.

1. Beigeordneter Eichner antwortete, dass die Leitung derzeit noch nicht besetzt werden konnte. Die Verwaltung arbeite noch an einer Neukonzeption ggf. auch an einer Neubesetzung. Eine weitere Option wäre eine Zusammenlegung, dies könne aber noch nicht bestätigt werden.

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Sitzungsvorlage zur kommunalen Offenen Kinder- und Jugendarbeit zur Kenntnis.

11 Sachstandsbericht Stellwerk - Familienberatung

WP 20-25 SV
51/243

Rm Schimang/CDU interessierte sich für die Gründe, weshalb dieses Projekt aktuell erfolgreich sei im Gegensatz zu vor 10 Jahre, wo das Angebot kaum genutzt wurde.

Frau Voß/Verwaltung teilte mit, dass das Projekt aus personellen Gründen beendet werden musste. Durch die Umstrukturierung werden Familien, die Bildung und Teilhabe beantragt haben, über das Amt 50 betreut und nicht mehr über das Stellwerk. Weshalb die Verwaltung sich anders aufstellen musste, um die Familien zu erreichen. Geplant sei, eine Sprechstunde / ein Beratungsangebot nicht nur für Senior*innen in den Nachbarschaftszentren, sondern auch für Familien anzubieten.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen gab zu bedenken, dass die Ausweitung der Beratung auch über die Schulen erfolgen müsse, um alle Beteiligten zu erreichen und zu informieren.

1. Beigeordneter Eichner stimmte zu, dass Schulen ebenfalls mit einbezogen werden müssen, diese Aufgabe werde allerdings bereits von den Schulsozialarbeitern ausgeführt und die betroffenen Familien über die Anlaufstelle im Stellwerk informiert.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

12 Sachstandsbericht der Psychologischen Beratungsstelle

WP 20-25 SV
51/251

1. Beigeordneter teilte dem Ausschuss mit, dass die Leitungsstelle neu besetzt werden konnte. Ein genauer Eintrittstermin kann derzeit noch nicht genannt werden.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht der Psychologischen Beratungsstelle zur Kenntnis.

13 Sachstandsbericht Soziale Dienste - Fachdienst unbegleitet minderjährige Ausländer

WP 20-25 SV
51/253

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen fragte nach der Unterbringung der jungen Menschen.

Frau Voß/Verwaltung antwortete, dass die Verwaltung die jungen Menschen in verschiedenen Unterkünften unterbringen konnte. Die Verwaltung werde eine Brückenlösung in Hilden anbieten müssen, was bedeutet, dass Verhandlungen mit Trägern stattfinden werden. Vorübergehend sollen

WGs gebildet werden, in denen diese jungen Menschen vorübergehend untergebracht werden sollen.

Rm Zeitter/CDU erkundigte sich, wie die Verwaltung reagiere, wenn ein großer Schwung an Flüchtlingen in Hilden eintreffen würde. Laut Sitzungsvorlage stehe aktuell nur noch ein Belegungsplatz zur Verfügung.

Frau Voß/Verwaltung erklärte, dass die Unterbringung in Hotels, mit der entsprechenden Betreuung, möglich sei. Ein Objekt stehe zur Verfügung, welches entsprechend vorbereitet werden müsse. Diese Variante gehe zu Lasten des Asylbereiches, wo dann Kapazitäten zur Unterbringungen fehlen werden.

1. Beigeordneter Eichner betonte nochmals, dass dies lediglich Brückenlösungen seien. Die Verwaltung sei bereits in der Planung und Erarbeitung dauerhafter Lösungen.

Der Integrationsrat und der Jugendhilfeausschuss nahmen den Sachstandsbericht Soziale Dienste - Fachdienst unbegleitete minderjährige Ausländer zur Kenntnis.

14 Sachstand Integration / Inklusion

WP 20-25 SV
51/240

Vorsitzender Wannhof/SPD erklärte, dass die Sitzungsvorlage nicht für den Ausschuss bestimmt sei und somit nicht zur Beratung zur Verfügung stehe.

Der Integrationsrat, der Sozialausschuss und der Jugendhilfeausschuss nahmen den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

15 Ein Jahr neue Organisationsstruktur des Dezernates III - Sachstandsbericht

WP 20-25 SV
III/048

1. Beigeordneter Eichner teilte dem Ausschuss mit, dass die Umstrukturierung des Dezernats III aus seiner Sicht erfolgreich war. Durch die neue Struktur konnten neue Projekte gestartet und dem Ausschuss ausführliche Berichte vorgelegt werden. Im Flüchtlingsbereich ergäben sich regelmäßig neue Entwicklungen, die Auswirkungen auf den Asylbereich sowie junge Familien haben. Gerade hier müsse die Stadtverwaltung anders agieren und die Umstrukturierung zeige Synergieeffekte. Ziel sei es Präventionsmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

Der Ausschuss nahm den Bericht zum Sachstand der neuen Organisationsstruktur im Dezernat III zur Kenntnis.

16 Anträge

16.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 23.08.2023;
Prüfung von Flächen für potenzielle Kitastandorte im Hildener Süden

WP 20-25 SV
61/139

Rm Zeitter/CDU teilte mit, dass seine Fraktion den Salzmannweg begrüße und somit die Hofstraße verwerfe. Er bat die Verwaltung Seite 3 der Sitzungsvorlage zu erläutern und erklärte den Antrag für erledigt.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen wies darauf hin, dass der Antrag der CDU-Fraktion sich auf eine Flächenprüfung beziehe, was mit Erstellung dieser Sitzungsvorlage nachweislich erfolgt sei. Nach ihrer Auffassung bedarf es keiner weiteren Abstimmung.

Beigeordneter Stuhlträger teilte mit, dass die Prüfung der beiden Flächen stattgefunden habe. Im nächsten Schritt müsse dann ein weiterer Antrag gestellt werden, der den Bau einer Kita zur Folge habe. Auf Seite 3 der Sitzungsvorlage mache die Verwaltung darauf aufmerksam, dass für die Hofstraße 98 bereits ein Baurecht für ein anderes Vorhaben bestehe. Diese Bauvoranfrage musste vorab intern geklärt werden. Die Verwaltung sei derzeit in der Prüfung, ob dieses Grundstück ggf. zur Unterbringen von Flüchtlingen genutzt werden könnte.

Rm Reffgen/BA gab zu bedenken, dass aufgrund einer fehlenden Kindergartenbedarfsplanung ein jetziger Auftrag an die Verwaltung verfrüht sei.

Der Ausschuss und der Antragsteller sehen den Antrag als erledigt an.

Antragstext:

Die CDU Fraktion Hilden beantragt die Prüfung von zwei Flächen im Hildener Süden zur Errichtung einer Kita, um den hohen Bedarf an Kitaplätzen in Hilden gerecht zu werden.

Folgende Flächen sollen geprüft werden:

1. Salzmannweg
Flurstück 255
2. Hofstraße
Flurstück 485, 377

16.2	Antrag Jugendamtselternbeirat: Erweiterung des Haus des Lernens auf 6 Gruppen sowie Sichtung weiterer Immobilien und Grundstücke für die Errichtung neuer KiTas im Stadtgebiet	WP 20-25 SV 40/011
------	--	-----------------------

Anmerkung der Schriftführung:

Über den Antrag wurde im Tagesordnungspunkt 6 " Haus des Lernens, Vorstellung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie" beraten und abgestimmt.

Antragstext:

Erweiterung des Haus des Lernens auf 6 Gruppen sowie Sichtung weiterer Immobilien und Grundstücke für die Errichtung neuer KiTas im Stadtgebiet.

Die gravierende Mangellage bei der Versorgung mit KiTaplätzen ergibt sich jedes Jahr aus der Kindergartenbedarfsplanung und wird sich auch mit dem Neubau Holterhöfchen nicht entscheidend entspannen sowie auch der Neubau an der Beethovenstraße, in seiner jetzigen Planungsphase, nicht als ausreichend erachtet werden kann. Zudem kann das Thema der überbelegten Gruppengrößen nicht ernsthaft angegangen werden, wenn die Betreuungsplätze gleichwohl und zwangsläufig ausgebaut werden müssen, aber auch das Wohl des fachpädagogischen Personals sowie auch der Kinder im Vordergrund zu stehen hat. Da dieser Spagat kann nur geschafft werden kann, indem

mehr Betreuungsorte im Stadtgebiet geschaffen werden, stellt der Jugendamtselternbeirat der Stadt Hilden folgenden Antrag:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung

1. mit der kurzfristigen Umplanung des Haus des Lernens in eine 6-gruppige KiTa
2. mit der Suche nach weiteren geeigneten Immobilien und Grundstücken im Stadtgebiet
- a.) Dabei kann auf eine homogene Aufteilung geachtet werden, es darf aber nicht das entscheidende Kriterium sein, warum ein Grundstück/Immobilie ausgewählt wird oder nicht. Vielmehr muss die Betreuungslage, die regelmäßige Betreuung und eine rasche Verbesserung des Arbeitsklimas im Mittelpunkt aller Anstrengungen stehen.

16.3	Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag des JAEB "Maßnahmenpaket 1 zur Attraktivitätssteigerung und verbesserten Mitarbeiterakquise"	WP 20-25 SV 10/047
------	--	-----------------------

Herr Hirsch-Herda/Jugendamtselternbeirat erläuterte seinen Antrag.

Rm Bauer/SPD erklärte, dass zu Punkt 1 des Antrages die SPD-Fraktion zustimmen werde, da durch den Austausch mit den anderen Kommunen die Funktionalität bestätigt werden konnte. Ihre Fraktion wünsche sich die gesamte Kitalandschaft in Hilden präsentieren zu können und auch die freien Träger mit aufzuführen. Jedoch seien die anderen Punkte des Antrages nicht im Sinne der SPD-Fraktion, da die Verwaltung in den Bereich bereits gut aufgestellt sei. Deshalb beantrage sie eine differenzierte Abstimmung der Punkt 1 a bis e und dann die Abstimmung 2 bis 4.

SB Gerbl/FDP verlas folgenden Änderungsantrag zu Top 16.3 und 16.4:

„Das Antragspaket des Jugendamtselternbeirats wird in zwei Kategorien aufgeteilt:

1. Operative Prozessoptimierungen, die keine zusätzlichen Aufwendungen erfordern:

- Schaffung eines sofortigen Feedbackkanals bei Bewerbungseingang.
- Vereinfachung des Bewerbungsprozesses und Schaffung eines peed-Bewerbungsprozesses.
- Nutzung aller populären Bewerbungsportale (z.B. StepStone, LinkedIn, Xing, etc.) bei Ausschreibung der Stellen im fachpädagogischen Bereich und unter Einbezug aller sozialen Netzwerke.
- Allgemeine Beschleunigung der Prozesse in den Fokus nehmen. Beispielsweise benötigt die Ausarbeitung und Aushändigung der Arbeitsverträge aktuell eine zu lange Zeitperiode, die zu einer ersten Enttäuschung mit dem Arbeitgeber führen könnte bzw. auch schon dazu geführt hat, dass Bewerber zurückgetreten sind.
- Verlegen der Gesundheitsangebote an die Randzeiten, oder in den Räumlichkeiten der KiTas anbieten, oder an pädagogische Weiterbildungsveranstaltungen anknüpfen.

2. Optimierungen, die finanziellen Mehraufwand erfordern, beispielsweise:

- Etablierung eines Bewerbungshubs, beziehungsweise einer eigenen Homepage, um Informationen über den Beruf der pädagogischen Fachkräfte gebündelt, zielgerichtet und niedrigschwellig zur Verfügung zu stellen.
- Erstellung einer Kampagne zum Anwerben pädagogischer Fachkräfte
- Bereitstellung bestimmter „Mitarbeiter-Benefits“:
- Kostenlose/ergünstigte Parkplätze im innenstadtbereich
- Anschaffung von Getränke-/Kaffeeautomaten
- Gesunde Verpflegung (z.B. Obstkorb)

In Anbetracht der vor uns liegenden (finanziellen) Herausforderungen fordert die FDP-Fraktion kostenneutrale Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Mitarbeiterakquise (Punkt 1) möglichst zeit-

nah unter der Evaluation von Vertretern der Verwaltung, der pädagogischen Fachkräfte und Vertretern der Politik zu realisieren.

Maßnahmen, die finanziellen Mehraufwand erfordern (Punkt 2) werden zunächst zurückgestellt, um sicherzustellen, dass der Haushalt der Stadt Hilden nicht weitergehend belastet wird. Die Verwaltung wird zu diesen Maßnahmen bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2025 eine mögliche Finanzplanung vorlegen.

Begründung:

Pädagogische Fachkräfte in Zeiten des Erziehermangels anzuwerben und zu halten ist eine der zentralen Herausforderungen für die kommunalen Jugendämter.

Aus diesem Grund steht die Fraktion der Freien Demokraten dem vorliegenden Antragspaket des JAEBs grundsätzlich positiv gegenüber. Gleichzeitig sieht die FDP-Fraktion auch die angespannte Haushaltslage und möchte deshalb die angestrebten Maßnahmen nach ihrem finanziellen Aufwand priorisieren.“

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen teilte mit, dass ihre Fraktion die beiden Begriffe Erzieherinnen Hilden und Stellenangebote Erzieherinnen in Hilden verwendet und im Internet ins Suchfeld eingegeben habe. Als Ergebnis wurde die Stadt Monheim mit ihren Stellenangeboten aufgeführt. Beim zweiten Suchbegriff kam als Ergebnis die Johanniter Hilden mit ihren Stellenangeboten. Die Internetpräsenz sei die erste Stufe, um potenzielle Bewerber*innen zu akquirieren. Wenn diese Suchfunktion bereits fehlerhaft sei, sei die logische Schlussfolgerung eine mangelnde Möglichkeit Personal zu werben.

Vorsitzender Wannhof/SPD machte darauf aufmerksam, dass der Änderungsantrag der FDP-Fraktion und der Antrag der SPD-Fraktion über die separate Abstimmung der Punkte 1 und 2-4 zur Abstimmung stünden. Er wies darauf hin, dass der FDP-Antrag einen enormen Zeitaufwand bedeute.

Daraufhin beantragte sB Gerbl/FDP den Änderungsantrag und den Antrag der JAEB zu vertagen.

Rm Bauer/SPD erhob formale Gegenrede, sodass der Vorsitzende Wannhof/SPD über die Vertagung abstimmen ließ, mit dem Ergebnis, dass die Anträge des JAEB`s nicht vertagt wurden.

Antragstext:

Maßnahmenpaket 1 zur Attraktivitätssteigerung und verbesserten Mitarbeiterakquise im Bereich der pädagogischen Fachkräfte

Nicht zuletzt die Diskussionen um die KiTa Lortzingstraße dürfte erneut aufgezeigt haben, dass Hilden Probleme hat: a.) zeitnah genügend geeignetes Fachpersonal einzustellen/zu finden und b.) dieses Fachpersonal im ausreichenden Maße an die Stadt zu binden bzw. altersbedingten Abgänge adäquat zu kompensieren, was bereits zur politischen Infragestellung weiterer, dringend benötigter Neubauprojekte im Kitabereich geführt hat. Da sich Quantität und Qualität der Betreuung unweigerlich bedingen und das Thema des Personalmangels im Hildener Kitabereich bereits vor Corona eine außerordentliche und dominierende Rolle gespielt hat sowie auch bundesweit weiterhin eine dominierende Rolle spielen wird und sich der Bedarf in den nächsten Jahren noch einmal deutlich erhöhen wird, stellt der Jugendamtselternbeirat der Stadt Hilden folgenden Antrag:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung

1. mit der kurzfristigen Einführung einer neuen, dezidierten Homepage, die sich ausschließlich an Erzieher und Erzieherinnen richtet und als zentrales, übersichtliches, leicht auffindbares Hub für aktuelle Stellenangebote, Vorstellung der einzelnen KiTas und Konzepte sowie zur Vorstellung als Arbeitgeber eignet. Dieser Hub soll zudem in Zusammenarbeit mit den einzelnen Trägern als weiteres, zentrales Element zur Stellenfindung in Hilden dienen. Der Hub ist nicht als

Webpage im Rahmen des Internetauftritts der Stadt zu verstehen, sondern bekommt eine eigenständige Domain. Die Anforderungen an die Seite möchten wir wie folgt beschreiben:

- a.) übersichtlich gestaltet
 - b.) freundliches, einladendes Design
 - c.) Einbettung von Mediencontent wie Video und Bildern des potentiellen Arbeitsplatzes, so dass die Interessenten sich ein umfassendes Bild machen können und direkt angesprochen werden. Es soll über virtuelle 3D Begehung der jeweiligen Kitas nachgedacht werden.
 - d.) Ausreichende Einbettung in verschiedene Suchmaschinenalgorithmen.
 - e.) Schaffung eines ausreichenden und leicht auffindbaren Feedbackkanals, was sowohl den Hub betrifft, als auch den Bewerbungsprozess an sich,
2. Zur Ausarbeitung und Ausführung einer Imagekampagne, die sich der Eröffnung des Hubs anschließt oder dieser vorausgeht. Diese soll ebenfalls auf dem Hub dargestellt werden,
 3. Der Schaffung eines sofortigen Feedbackkanals bei Bewerbungseingang. Aktuell gibt es kein unmittelbares und nur ein stark zeitverzögertes Feedback nach abgeschickter Bewerbung, was zur kritischen Unsicherheit und Umorientierung der Bewerberin/ des Bewerbers führen kann und bereits geführt hat. Die Bewerber und Bewerberinnen müssen sofort bei Bewerbungseingang adäquat abgeholt und betreut werden.
 4. Mit der Vereinfachung des Bewerbungs- und der Schaffung eines Speedbewerbungsprozesses. Die Einstiegshürde wird so vereinfacht und komfortabler gestaltet. Die Userexperience steigt. Zudem würde man sich an andere Träger und die Marktsituation anpassen.
 5. Zur Nutzung aller populären Bewerbungsportale wie zum Beispiel Stepstone bei Ausschreibung der Stellen im fachpädagogischen Bereich und unter Einbezug aller sozialen Netzwerke
 6. Die allgemeine Beschleunigung der Prozesse in den Fokus zu nehmen. Beispielsweise benötigt die Ausarbeitung und Aushandigung der Arbeitsverträge aktuell eine zu lange Zeitperiode, die zu erstem Frust mit dem Arbeitgeber führen könnte bzw. auch schon zu Nichtantritten geführt hat.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen gegen 3 Nein-Stimmen der Faktionen AfD/sB Owsianowski, FDP/sB Gerbl und Frau Lipke/SKFM.

Abstimmungsergebnis Punkt 1, Abschnitt a bis e:

Mehrheitlich beschlossen gegen 4 Nein-Stimmen der Faktionen CDU und FDP/sB Gerbl.

Abstimmungsergebnis Punkt 2-6:

Einstimmig abgelehnt bei 3-Enthaltungen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Herr Wagner/Paritätischer Wohlfahrtsverband.

16.4	Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag des JAEB "Maßnahmenpaket 2 zur Attraktivitätssteigerung und verbesserten Mitarbeiterakquise"	WP 20-25 SV 10/048
------	--	-----------------------

Antragstext:

Maßnahmenpaket 2 zur Attraktivitätssteigerung und verbesserten Mitarbeiterakquise im Bereich der pädagogischen Fachkräfte.

Nicht zuletzt die Diskussionen um die KiTa Lortzingstraße dürfte erneut aufgezeigt haben, dass Hilden Probleme hat: a.) zeitnah genügend geeignetes Fachpersonal einzustellen/zu finden und b.) dieses Fachpersonal im ausreichenden Maße an die Stadt zu binden bzw. altersbedingten Abgänge adäquat zu kompensieren, was bereits zur politischen Infragestellung weiterer, dringend benötigter Neubauprojekte im Kitabereich geführt hat.

Da sich Quantität und Qualität der Betreuung unweigerlich bedingen und das Thema des Personalmangels im hildener Kitabereich bereits vor Corona eine außerordentliche und dominierende Rolle gespielt hat sowie auch bundesweit weiterhin eine dominierende Rolle spielen wird und sich der Bedarf in den nächsten Jahren noch deutlich erhöhen wird, stellt der Jugendamtselternbeirat der Stadt Hilden folgenden Antrag:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung:

- 1.) die strukturellen Verbesserungsvorschläge des Familienpakets 1 wieder aufzugreifen, auszuarbeiten und die Vorlage dem Ausschuss schnellstmöglich zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Fokus sollte auf folgenden Maßnahmen liegen:
 - a.) die Schaffung von geeigneten Pausenräumen mit entsprechendem Mobiliar
 - b.) Anschaffung von Getränke/Kaffeeautomaten
 - c.) Gesunde Verpflegung bereitzustellen (bspw. Obstkorb)
- 2.) die geschaffenen Gesundheitsangebote entweder an die Randzeiten zu verlegen oder in den KiTas anzubieten.
- 3.) Weitere Maßnahmen zu kalkulieren und deren Machbarkeit einzuschätzen und dem Ausschuss vorzulegen, die der Attraktivitätssteigerung und dem Wohlfühlfaktor dienen, wie:
 - a.) Kostenlose Parkplätze (besonders im Innenstadtbereich)
 - b.) Kostenlose Nutzung des Nahverkehrs
 - c.) Kostenlose Nutzung städtischer Infrastruktur wie Bäder und Saunen
 - d.) Kostenlose Fahrradreparatur/TÜV
 - e.) Bereitstellung eines Fahrradfuhrparks
 - f.) Etablierung eines Treueprogramms

Abstimmungsergebnis Punkt 1 A bis C:

Mehrheitlich beschlossen bei 4 Nein-Stimmen der Fraktionen CDU und FDP/sB Gerbl.

Abstimmungsergebnis Punkt 2:

Mehrheitlich beschlossen bei 3 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion.

Abstimmungsergebnis Punkt 3:

Einstimmig abgelehnt bei einer Enthaltung Frau Schmidt/SPE-Mühle.

16.5 Antrag zum Haushalt 2024 - Nr. 005 SPD Fraktion, Konzept Kindertagesstätten

WP 20-25 SV
40/015

Antragstext:

Auf Antrag der SPD-Fraktion möge der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung beauftragen, ein Konzept „Moderne Kitas 2030“ für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Hildener Kindertagesstätten zu erarbeiten.

gestätten zu erstellen.

Hierbei sollen die Vorschläge der Verwaltung sowohl einen kurz- als auch mittel- und langfristigen Zeithorizont abdecken und sich insbesondere auf die Aspekte *Weiterbildung, bauliche Anpassungen (Anbau, Ausbau und Aufstockung)* sowie die *Schaffung moderner Räumlichkeiten für ErzieherInnen und Kinder* beziehen. Das zu erstellende Konzept sieht dabei ausdrücklich kurzfristige sowie auch mittel- und langfristige Ziele vor, die der zeitlichen Planung sowie der Priorisierung dienen sollen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 2 Nein-Stimmen der Fraktionen AfD/sB Owsianowski und FDP/sB Gerbl.

17 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

1. Beigeordnete Eichner bezog sich auf eine Frage der CDU-Fraktion bezüglich des Übergangsmagements, Schwerpunkt im Bereich Kita, worauf die Verwaltung sich hierzu umfangreich geäußert habe und der Bericht des Gesundheitsamtes machte ebenfalls sehr deutlich, dass ein begleiteter Übergang notwendig sei.

Rm Schimang/CDU fände es dennoch wünschenswert, dass diese Arbeit langfristig wieder auf die Akteure Grundschule und Kita übertragen werden. Aufgrund der aktuellen Lage sehe seine Fraktion aber auch die angespannte Personalsituation, weshalb die CDU-Fraktion in den kommenden Jahren nochmals auf ihren Wunsch aufmerksam machen werde.

18 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

18.1 Antrag der CDU-Fraktion: Planung einer fünfgruppigen Kita am Salzmann Weg

Rm Schimang/CDU verlas folgenden Antrag:

„Die CDU Fraktion Hilden beantragt die Stadt Hilden mit der Planung einer fünf-gruppigen Kita am Standort Salzmann Weg zu beauftragen.

Begründung:

Nach der Beratung des Prüfauftrags der CDU-Fraktion im Jugendhilfeausschuss zur Überprüfung von Flächen für potenzielle Kitastandorte im Hildener Süden, beantragt die CDU-Fraktion die Planung einer fünfgruppigen Kita am Salzmann Weg (Flurstück 255 in Flur 19). Obwohl in der Sitzungsvorlage der Standort Hofstraße aufgrund seiner "großzügigeren Nutzbarkeit" eher bevorzugt wird, bewertet die Verwaltung den Salzmann Weg als möglichen Standort für eine fünfgruppige Kita.

Um dem Bedarf an Kitaplätzen, insbesondere im Hildener Süden, gerecht zu werden und die Rechte der Hildener Familien auf einen Betreuungsplatz zu erfüllen, ist es notwendig, alternative Standorte für Kitas zu planen. In den kommenden Jahren stehen uns immer mehr Pflichten bevor, darunter auch die Verpflichtung, das Recht der Hildener Familien auf einen Betreuungsplatz zu erfüllen. Aus diesem Grund beantragt die CDU-Fraktion die Planung einer neuen Kita im Hildener Süden, um dieses Recht in den kommenden Jahren besser erfüllen zu können.“

18.2 Anfrage der CDU-Fraktion: Sprachförderung "Griffbereit"

Rm Schimang/CDU verlas folgende Anfrage:

- „1. Von wem und in welchem Umfang wird das Sprachförderangebot „Griffbereit“ wahrgenommen?*
- 2. Wie wird auf das Angebot aufmerksam gemacht?*
- 3. Anhand welcher Indikatoren lässt sich der Erfolg des Angebots messen?*
- 4. Findet seitens der Verwaltung eine Evaluation statt, inwiefern die betroffenen Kinder auch tatsächlich von dem Angebot profitieren?*
- 5. In welchem Umfang wurde das Sprachförderangebot in den letzten Jahren angenommen und wie wird sich der Bedarf voraussichtlich in den kommenden Jahren entwickeln?*

Begründung:

Im Rahmen der freiwilligen Leistungen wird unter anderem das Sprachförderangebot „Griffbereit“ finanziert. Vor dem Hintergrund der laufenden Haushaltsberatungen bittet die CDU-Fraktion im Flat der Stadt Hilden um Beantwortung der o.a. Fragen.“

18.3 Anfrage der CDU-Fraktion: Kitaschließung

Rm Schimang/CDU verlas folgende Anfrage:

- „1. Führen Personalmangel und krankheitsbedingter Personalausfall aktuell zu verkürzten Betreuungszeiten bzw. eingeschränkter Betreuung in Hildener Kindertageseinrichtungen? Wenn ja, gibt es hierzu eine Kita bezogene Statistik?*
- 2. Wie will die Verwaltung künftig eine verlässliche Betreuung in den Hildener Kitas sicherstellen?*

Begründung:

In den vergangenen Monaten haben Eltern vermehrt über verkürzte Öffnungszeiten bis hin zu Schließungen einzelner Gruppen aufgrund von Krankheit bzw. Personalmangel in Hildener Kindertageseinrichtungen berichtet. Aufgrund der Tatsache, dass wir erst am Beginn der kalten Jahreszeit stehen, gibt es berechtigte Sorgen der Elternschaft, dass eine verlässliche Betreuung in den kommenden Monaten gefährdet sein könnte. Die Verlässlichkeit der Betreuung ist aber Grundvoraussetzung für die Berufstätigkeit vieler Eltern. Vor diesem Hintergrund bittet die CDU-Fraktion Hilden um die Beantwortung der o.a. Fragen.“

18.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Erstellung Konzept Weiterbetrieb des Abenteuerspielplatzes

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen verlas folgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für den Weiterbetrieb des Abenteuerspielplatzes zu erarbeiten. Die Trägerschaft soll entweder bei der Stadt Hilden selbst oder bei einem anderen Träger liegen.

Begründung:

Über Jahrzehnte war der Abenteuerspielplatz in Hilden eine feste Größe im Leben von tausenden Kindern und Jugendlichen. Manche kamen fast täglich nach der Schule dorthin. Der Umgang mit den Tieren, der Aufenthalt im Freien, die elementaren, spielerischen Erfahrungsmöglichkeiten mit Erde, Feuer und Wasser, die Chance sich gestalterisch zu erproben und die ver-

*lässlichen Kontakte zu den dortigen Mitarbeiter*innen haben Entwicklungsimpulse gesetzt und ein kindgerechtes Aufwachsen unterstützt. Besonders auch Kinder aus schwierigen häuslichen Verhältnissen fanden auf dem Abenteuerspielplatz positive Ansprache und dauerhafte Unterstützung. Diese Möglichkeiten sollen auch in Zukunft für Kinder erhalten bleiben. Gerade in unserer so dicht bebauten Stadt hat der Abenteuerspielplatz einen einzigartigen Stellenwert und bleibt für Kinder und Jugendliche weiterhin unverzichtbar.“*

18.5 Änderungsantrag der FDP-Fraktion: SV 10/047 und SV 10/048

Anmerkung der Schriftführung:

Der Antrag wurde unter TOP 16.3 „Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag des JAEB "Maßnahmenpaket 1 zur Attraktivitätssteigerung und verbesserten Mitarbeiterakquise““ im Protokoll aufgeführt.

19 Befangenheitserklärungen

Keine.

20 (Fortsetzung) Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Frau Voß/Verwaltung machte auf den aktuellen Personalmangel im Bereich „Soziale Dienste“ aufmerksam. Die Unterbesetzung erfolge durch Mutterschutz, Elternzeit und zwei Kündigungen. Frau Pass werde die Stadtverwaltung zum 01.01.2024 verlassen sowie weitere 4 Fachkräfte die im Fachdienst fehlen werden. Die Leitungsstelle von Frau Paas konnte nicht zum 01.01.2024 neu besetzt werden, was dazu führe, dass der Kinderschutz unterbesetzt und es somit im Team zu einer Überbelastung der noch anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen werde. Die Ausschreibung der offenen Stellen wurden bereits veröffentlicht und es habe auch schon Vorstellungsgespräche gegeben. Ebenso wurde eine halbe Springerstelle, auf 2 Jahre befristet, aktiviert, um den Fachbereich zu unterstützen.

21 (Fortsetzung) Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine.

Ende der Sitzung: 20:19 Uhr

Carsten Wannhof / 11.01.24
Vorsitzender

Sonja Ockenfeld / 04.12.23
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / 22.12.23
Bürgermeister

Sönke Eichner / 21.12.23
Beigeordneter